A9 8. Vielfalt leben: Für ein friedliches Miteinander in Lichtenberg

Antragsteller*in: Vorstand

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung haben im öffentlichen Leben Lichtenbergs keinen Platz. Wir fordern, rassistischen, fremdenfeindlichen und diskriminierenden Äußerungen und Taten unmittelbar und eindeutig entgegen zu treten.

Wir fordern zur Bewältigung der Herausforderungen beim Zusammenleben mit geflüchteten Menschen eine konstruktive, engagierte Zusammenarbeit sowie eine faire Lastenverteilung zwischen Bezirk und Senat.

Gemeinsames Leben statt Abschottung

Wir möchten, dass alle Menschen, die in unserem Bezirk leben, sich im Alltag und in der Schule mit Respekt begegnen. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht darauf, das soziale Miteinander schon in der Schule zu leben. Eine separate Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher in den Sammelunterkünften kann nur eine temporäre Notlösung sein. Ziel muss es sein, auch geflüchtete Kinder regulär zu beschulen. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen, um die soziale Infrastruktur im gesamten Bezirk zum Wohle aller Lichtenberger*innen weiterzuentwickeln.

Wir möchten, dass Menschen in Turnhallen Sport treiben. Geflüchtete in ihnen über Wochen unterzubringen, halten wir für inakzeptabel. Wir fordern, Hallenzeiten vorrangig an Sportvereine zu vergeben, die Gleichberechtigung, Inklusion und interkulturelle Vielfalt leben.

Stadtteilzentren und Vereine als Motoren guter nachbarschaftlicher Kontakte

Wir sehen vor allem Stadtteilzentren, Migrantenorganisationen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kitas, Schulen und Sportvereine als Motor guter nachbarschaftlicher Kontakte und effektiver Ehrenamtsarbeit. Wir fordern deshalb den Erhalt der Einrichtungen. Wir fördern zudem die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung der Akteure.

Vielfalt und Inklusion bereichern die Lichtenberger Verwaltung um wertvolle Perspektiven, Sprach- und Kulturkenntnisse. Wir fordern, dass die Verwaltung personell die kulturelle Vielfalt Lichtenbergs widerspiegelt und eigenes Verhalten kritisch reflektiert.

Wir möchten allen Lichtenberger*innen die Beteiligung an demokratischen Verfahren zur Meinungsbildung, Entscheidungen über die Verwendung von Haushaltsmitteln und städtebaulichen Planungen erleichtern. Beteiligungsbarrieren müssen dazu identifiziert und abgebaut werden.

Volkshochschule und Bibliotheken leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenleben. Wir fordern den Erhalt der Einrichtungen und unterstützen nachdrücklich eine Ausrichtung des Angebots auf sich wandelnde Bedarfe.

Unternehmer*innen mit Zuwanderungsgeschichte tragen zum Wohlstand der Lichtenberger*innen entscheidend bei. Wir fordern, die bezirkliche Wirtschaftsförderung interkulturell auszurichten und das Schaffen von Qualifizierungsmöglichkeiten durch die Betriebe zu begleiten.

Städtepartnerschaften dienen mehreren Zielen, auch dem Jugend- und Erfahrungsaustausch über Grenzen hinweg. Wir fordern Partnerschaften auf Augenhöhe und die Erfüllung der abgeschlossenen Verträge.